



Liebe Freundinnen und Freunde,

am 20. September 2019 gingen allein in Deutschland 1,4 Millionen Menschen für die Klimaschutzbewegung von Fridays for Future auf die Straßen. Am gleichen Tag hat die Bundesregierung etwas verabschiedet, was man nicht guten Gewissens als „Paket“ bezeichnen kann. Mit ihm wird wertvolle Zeit verschenkt, die wir im Interesse unserer Kinder und zukünftiger Generationen nicht mehr haben.

Klimasituation und Schutzabkommen

Bereits jetzt sind viele Regionen der Welt von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Dürren und Stürme nehmen an Anzahl und Intensität zu. Laut Bericht des Weltklimarates IPCC¹ werden ab dem Jahr 2050 aufgrund des sich beschleunigenden Meeresspiegelanstiegs zahlreiche große Küstenstädte wie auch kleine Inseln jährlich Wetterextreme erleben. Bis zum Jahre 2100 ist mit einem Meeresspiegelanstieg um bis zu 110 cm zu rechnen. Welche Ausmaße an weltweiten Klimafluchtbewegungen und in der Folge an politischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen das hervorrufen wird, möge sich jeder selbst ausmalen.

Pariser Klimaschutzabkommen

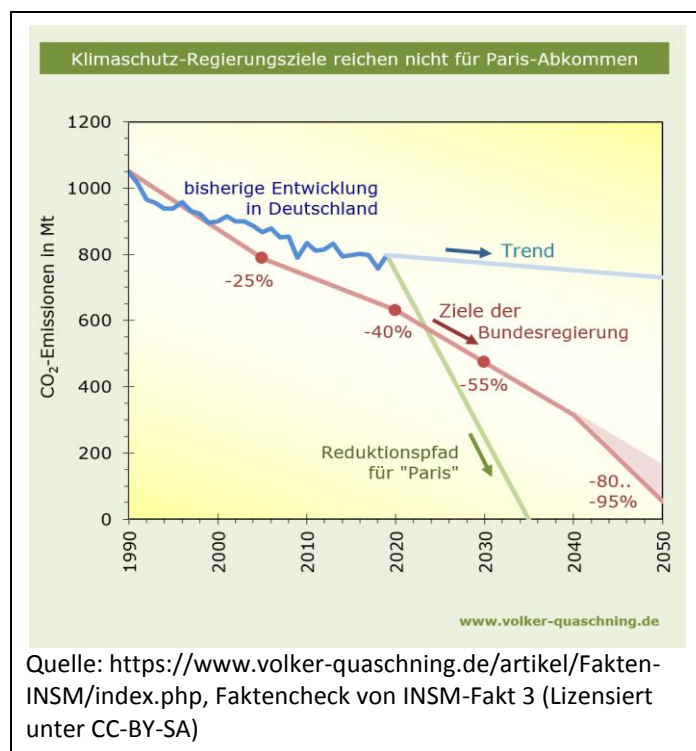
Ende 2016 trat das Pariser Klimaschutzabkommen in Kraft, in dem sich 180 Staaten verpflichteten, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Eine Erwärmung um 1,5 Grad hat bereits gravierende Auswirkungen, die aber in ihrem Umfang noch einigermaßen beherrschbar sind. Eine über 1,5 Grad hinausgehende Erderwärmung erhöht zudem massiv die Gefahr, dass „Kippunkte“ überschritten werden, was eine weitere Klimaerwärmung unumkehrbar machen würde.

Das Klimapaket: Der missglückte Versuch einer Umsetzung

Das „Klimapaket“ der Bundesregierung ist ein Sammelsurium von nicht abgestimmten Maßnahmen, die viel Geld kosten ohne etwas Substantielles in die Wege zu leiten. Es ist kein Gesamtkonzept erkennbar und selbst die zugrundeliegenden Zielgrößen sind veraltet und nicht an das 1,5-Grad-Ziel angepasst (siehe Grafik).

Der Fokus der Maßnahmen wird einseitig auf eine – unwirksame – Bepreisung von CO₂ gelegt, eine Förderung Erneuerbarer Energien, die den Strom der Zukunft liefern müssten, findet nicht statt.

Im Folgenden soll nicht jede einzelne Maßnahme des Pakets besprochen werden, sondern die zugrundeliegende Zielrichtung.



¹ Zusammenfassung (dt. Übersetzung): https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_SROCC.pdf

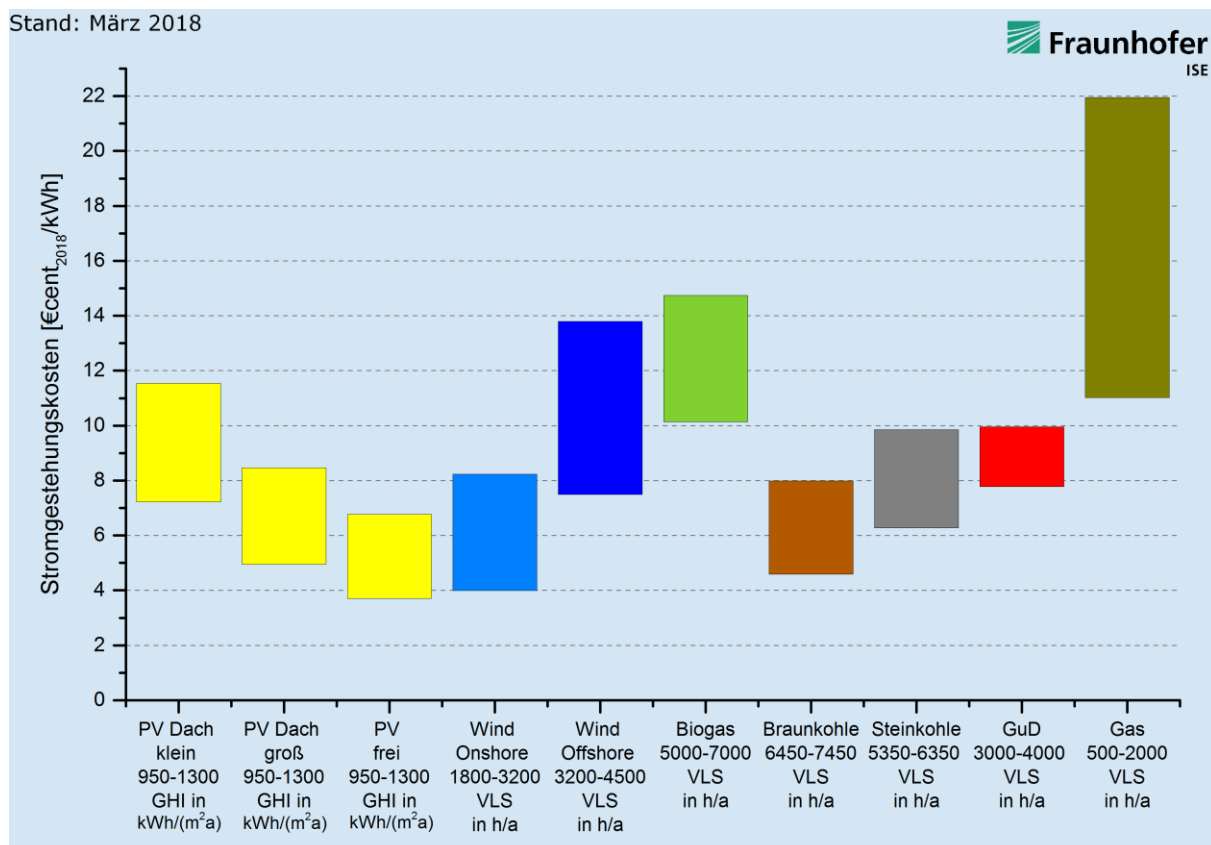
Ziel: Klimaneutrale Energieerzeugung

Um den Energiebedarf der Zukunft zu decken, brauchen wir 100 Prozent Erneuerbare Energien, und das bis 2035. Diese müssen nicht nur die fossilen Energieträger der heutigen Stromproduktion ersetzen, sondern auch im Zuge der Sektorenkopplung die Energie im Verkehrssektor (E-Mobilität) und der Gebäudewirtschaft (z.B. Wärmepumpen) liefern. Ohne einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien sind die Klimaziele nicht zu erreichen.² Deshalb wird hier dieses Thema am ausführlichsten behandelt.

Erneuerbare Energien werden ausgebremst

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist in Deutschland in den letzten Jahren massiv eingebrochen. Im Bereich Windkraft ist der Ausbau im 1. Halbjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 82 Prozent zurückgegangen³, der jährliche Zubau von PV-Anlagen ist im Vergleich zum Zeitraum 2010 bis 2012 seit 2014 um rund 80 Prozent zurückgegangen.⁴

Ursache des Ausbaurückgangs ist nicht eine mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Erneuerbaren Energien. Das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme hat in einer Studie von 2018 festgestellt: „Neu errichtete Photovoltaik-Anlagen und Onshore-Windenergieanlagen an günstigen Standorten sind bereits heute günstiger als fossile Kraftwerke, und dieser Trend wird sich bis 2035 deutlich verstärken“⁵. Folgende Abbildung veranschaulicht die aktuellen Stromgestehungskosten:



© Fraunhofer ISE

Bei dieser Kostenbetrachtung sind externe, also vor allem Umweltkosten, die fossile Energieerzeugung massiv verteuern würden, noch gar nicht berücksichtigt.

² Hans-Josef Fell, Präsident der Energie Watch Group (EWG) und Autor des EEG;

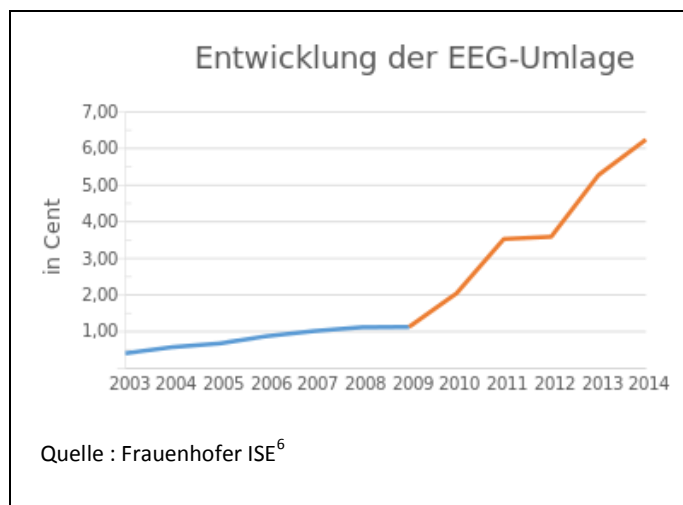
<https://www.sonnenseite.com/de/politik/die-erneuerbaren-sind-der-kern-des-klimaschutzes.html>

³ Handelsblatt: <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/erneuerbare-energien-ausbau-der-windkraft-bricht-dramatisch-ein/24696524.html?ticket=ST-46477090-5Gz6gLKfuXPkeya29YiW-ap6>

⁴ Siehe: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=55851>

⁵ <https://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2018/studie-zu-stromgestehungskosten-photovoltaik-und-onshore-wind-sind-guenstigste-technologien-in-deutschland.html>

Ursächlich für den Rückgang ist die deutliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zentral ist hier die Modifizierung des ursprünglich sehr erfolgreichen „Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG)“.



Seit 2009 ist die Förderung über das EEG sehr stark zurückgefahren worden (in 2011 und 2012 um jeweils 24 Prozent). Parallel muss seitdem der Strom, der über das EEG gefördert wird (EEG-Strom), an der Strombörse gehandelt werden, was dort zu einem Preisverfall geführt hat. Dieser Preisverfall nützt großen Energieabnehmern aus der Industrie, hat aber parallel die EEG-Umlage, die überwiegend von Privatverbrauchern und kleinen Firmen zu tragen ist, explosionsartig verteuert.

Im Jahre 2017 gab es eine weitere Verschärfung des EEG. Für Neuinstallationen ist jetzt ein Ausschreibungsverfahren vorgesehen, das vor allem kleine Energie-Firmen und Genossenschaften benachteiligt. Außerdem wurde - vorgeblich um den (selbst verursachten) rasanten Anstieg der EEG-Umlage zu bremsen - ein Ausbaudeckel für Ökostrom eingeführt, der zu einer massiven Beschränkung des Zubaus vor allem in der Solarbranche führte und führt. In der letzten Ausschreibungsrunde hat folglich nur ein knappes Viertel der eingereichten Gebotsmenge einen Zuschlag erhalten.⁷

Die genannten und zahlreiche weitere Hemmnisse⁸ führten zum Einbruch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und werden in den nächsten Jahren zum völligen Zusammenbruch des Ausbaus führen, wenn die Rahmenbedingungen nicht grundlegend geändert werden. Aufgrund auslaufender EEG-Förderung ist sogar mit einem Rückgang des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu rechnen.

Das Klimapaket bringt zusätzliche Hemmnisse

Was bietet das Klimapaket zum Thema Erneuerbare Energien:

- Der 52-Gigawatt-Deckel für die PV ist abgeschafft worden: Eine Förderung neuer PV-Anlagen sollte bisher entfallen, sobald 52 GW installierte Leistung erreicht ist.
- Alle anderen Ausbaublockaden sind erhalten geblieben, u.a. das problematische Ausschreibungsverfahren.
- Das Regierungsziel für 2025 von 40 bis 45 Prozent Ökostrom wird nicht erhöht, obwohl Mitte 2019 sogar schon 46% erreicht sind. Das wird einen Abbau alter Anlagen verursachen.
- Die EEG-Umlage soll in den Staatshaushalt verschoben werden. Dadurch wird sie EU-beihilfe-rechtlich relevant, d. h. juristisch angreifbar. (Darauf warten die großen Stromkonzerne.)
- Die Abstandregelung für Windkraftanlagen an Land soll bundesweit verschärft werden mit der Wirkung, dass sich laut Umweltbundesamt⁹ die nutzbare Fläche um bis zu 50 % reduziert.
- Das Ausbauziel der Offshore-Windenergie soll hingegen fast verdreifacht werden.

⁶ Kurzstudie Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme:

https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/ISE_Kurzstudie_EEG_Umlage_2014_07_14.pdf

⁷ Zuschlag: 153 MW von 648 MW; siehe Bundesnetzagentur vom 18.10.2019:

https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/20191018_Ausschreibungen.html?nn=265778

⁸ Hier sind nur die wichtigsten Hemmnisse des EE-Ausbaus und deren Wirkungsweise skizziert. Eine ausführliche Analyse der Hemmnisse im PV-Bereich findet sich in dieser Zusammenstellung der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: https://pvspeicher.htw-berlin.de/wp-content/uploads/2019_08_HTW_Berlin_PV2City_Hemmnisse_und_Huerden_fuer_die_Photovoltaik-3.pdf

⁹ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/mindestabstaende-bei-windenergieanlagen-schaden-der>

Klimapolitik der Bundesregierung unterstützt die großen Kraftwerksbetreiber

Jetzt mag man sich fragen, warum der Ausbau der Erneuerbaren Energien so massiv behindert wird und auch das Klimapaket – bis auf den Ausbau der Offshore-Windkraft – daran nichts ändern will. Diese Frage führt zu einem Thema, das auch dem Autor dieser Zeilen vor wenigen Monaten noch ganz fremd war und das hier nur kurz angerissen werden kann:

Wenn man sich die bestehenden Regelungen genauer anschaut fällt auf:

- Die Regelungen, die den Ausbau der Erneuerbaren Energien bremsen, betreffen vorzugsweise die Energieerzeugung durch Privatpersonen, durch kleine Firmen, durch Kommunen und durch Genossenschaften.
Deren Erzeugung von PV-Strom und Windstrom an Land gefährdet die Vormachtstellung der großen Stromkonzerne, die mit ihren zentralen Atom- und Kohlekraftwerken den deutschen Strommarkt unter sich aufgeteilt haben und in dieser krisensicheren Branche gute Gewinne erwirtschaften konnten. Sie haben in der Vergangenheit große Summen in den Bau langlebiger atomarer und fossiler Kraftwerke gesteckt und sehen jetzt diese Investitionen und damit ihre Gewinne gefährdet. Jedes Jahr Verzögerung beim Umstieg auf erneuerbare Energieerzeugung sichert ihnen Einnahmen aus dem Betrieb alter fossiler Kraftwerke. So hat z. B. die Änderung des EEG im Jahr 2009 dazu geführt, dass in Deutschland wieder mehr Kohlestrom produziert und ein erheblicher Teil des „grünen“ EEG-Stroms ins Ausland exportiert wird.
- Der Ausbau der Offshore-Windanlagen, der nur von finanzstarken Stromkonzernen und Beteiligungsgesellschaften umgesetzt werden kann, soll hingegen als zukünftiges Geschäftsfeld der Stromkonzerne forciert werden.
- Der zweite Profiteur der politischen Maßnahmen sind energieintensive Industrien, die dank des Preisverfalls an der Strombörse hierzulande günstiger Strom beziehen können, als beispielsweise Konkurrenzunternehmen in Frankreich oder den Niederlanden¹⁰.

Mit Unterstützung der professionell arbeitenden Lobbyorganisation INSM¹¹ (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) ist das Ausbremsen der Erneuerbaren Energien der Bevölkerung als notwendige Maßnahme zum Schutz vor einer untragbaren Erhöhung der Strompreise verkauft worden.

Klimapolitik der Bundesregierung kostet zukunftsfähige Arbeitsplätze

Als Argument für einen angeblich notwendigen „langsamen“ Umstieg von fossilen zu erneuerbaren Energien wird gern auch ein drohender Arbeitsplatzabbau im Kohlesektor genannt. Nicht erwähnt wird, dass in der Solarbranche seit 2010 mehr als 80.000 zukunftsfähige Arbeitsplätze weggefallen sind. Die Windkraftbranche beschäftigte 2016 noch 160.000 Menschen. 2017 wurden hier 26.000 Arbeitsplätze abgebaut. Diese Entwicklung setzte sich auch 2018 und 2019 fort. In der Windkraft gingen bundesweit allein in 2018 mehr Arbeitsplätze verloren, als im Kohlesektor überhaupt noch vorhanden sind (Braunkohle: etwa 18.000 Arbeitsplätze¹²).

Mit den Industriezweigen, die hier bereits zerstört wurden (PV) bzw. gerade zerstört werden (Windkraft), gehen viele zukunftsfähige Arbeitsplätze verloren. Ökonomisch besonders bedenklich ist, dass damit Industriezweige zugrunde gehen, die einen erheblichen Betrag hätten leisten können, den Industriestandort Deutschland zukunftsfähig zu machen. Besonders betroffen sind zudem strukturschwache Regionen in Nord- und Ostdeutschland.¹³

¹⁰ Im Januar 2014 kündigte eine niederländische Aluminiumhütte ihre Schließung an, da sie aufgrund des billigen Industriestroms in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sei. Siehe: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/deutscher-strom-zu-billig-energie-wende-verrueckt-12747532.html>

¹¹ Die INSM wird mittelbar getragen von den deutschen Industrie- und Arbeitgeberverbänden (BDI, BDA). Wie die INSM Einfluss auf die Klimaschutzbewegung der Jugend nimmt, ist in diesem Artikel von Hans-Josef Fell mit Analysen von Tina Ternus (Unterstützerin von Lobbycontrol) nachzulesen: <https://www.pv-magazine.de/2019/07/16/neue-insm-kampagne-will-die-starke-klimaschutzbewegung-der-jugend-aushebeln/>

¹² Siehe: <https://www.klimareporter.de/deutschland/ministerium-rechnet-braunkohle-jobs-schoen>

¹³ Zum Niedergang der PV- und Windbranche siehe „Nachdenkseiten: Die Energiewende stockt – dies ist ein politisches Versagen“ vom 24.10.2019: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=55851>

Ziel: Erneuerbare Energien in allen Verbrauchssektoren

Verkehr

Im Verkehrsbereich ist neben einer Elektrifizierung des Individualverkehrs vor allem eine Stärkung von Bus und Schiene als Alternative zu Individualverkehr und Kurzstreckenflügen erforderlich. Fußgängern und Radfahrern muss in den Städten mehr Raum gegeben werden, der Radverkehr durch zusätzliche Radwege und „Fahrradautobahnen“ gestärkt werden. Der ÖPNV muss ausgebaut und das Angebot verbilligt werden (z. B. in Form eines 365-Euro-Tickets). Der besonders klimaschädliche Flugverkehr muss stark reduziert werden.

Das Klimapakete der Bundesregierung sieht vor:

- Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs zunächst mit einer, später mit zwei Milliarden Euro pro Jahr
- Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Bahntickets im Fernverkehr auf 7 Prozent
- Verteuerung des Flugverkehrs durch eine geringfügige Erhöhung der Luftverkehrsabgabe
- Förderung des Radverkehrs durch einige Maßnahmen

Diesem Sammelsurium von Einzelmaßnahmen liegt keine nachhaltige Mobilitätsstrategie zugrunde, auf deren Basis beurteilt werden könnte, wie weit die Maßnahmen ausreichen, den Verkehrssektor bis 2035 klimaneutral zu gestalten.

Offensichtlich ist allerdings, dass der Flugverkehr geschont wird: Die geringe Erhöhung der Luftverkehrsabgabe spiegelt in keiner Weise die hohen ökologischen Kosten des Flugverkehrs wider, zumal der Ausstoß von Abgasen im Flugverkehr zwei bis fünfmal stärker klimaschädlich wirkt als im Verkehr am Boden. Die Erhöhung der Abgabe ist zudem gedeckelt auf den Betrag, der für die Finanzierung der Mehrwertsteuersenkung im Bahnverkehr benötigt wird. Eine Lenkungswirkung ist offensichtlich nicht beabsichtigt.

Die vorgesehene Erhöhung der Pendlerpauschale, die den Berufspendlern die Erhöhung der Treibstoffkosten durch die CO₂-Bepreisung ausgleichen soll, kommt vor allem Vielfahrern mit PS-starken Fahrzeugen zugute und macht eine Lenkungswirkung im Individualverkehr völlig zunichte. Ein sofort wirksames Tempolimit auf Autobahnen ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Gebäudewirtschaft

Im Sektor Gebäudewirtschaft muss der Energiebedarf gesenkt und die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Für die Senkung des Energiebedarfs bedarf es vor allem einer energetischen Sanierung im Altbestand, auch im gewerblichen Bereich. Hier sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen.

Will man das 1,5-Grad Klimaziel erreichen, muss im Bereich Heizung eine Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien bis 2035 erfolgen, zum Beispiel durch den Einsatz von elektrisch betriebenen Wärmepumpen. Im Klimapakete ist vorgesehen:

- ein Verbot neuer Ölheizungen ab 2026 für Gebäude, für die eine klimafreundlichere Wärmeerzeugung möglich ist
- eine Austauschprämie für den Wechsel von fossilen Heizsystemen auf erneuerbare Wärme oder, wo dies nicht möglich ist, auf effiziente hybride Gasheizungen (z.B. Gasheizung kombiniert mit Solaranlage)

Vom Ziel einer Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energie bis 2035 ist hier nichts zu erkennen. Man gibt sich damit zufrieden, mittelfristig vom Öl wegzukommen und setzt dabei auch auf hybride Gasheizungen

Erdgas: (k)eine Brückentechnologie

Wenn man sich die im Klimapakete genannten Pläne zur Erneuerung der Heizsysteme genauer anschaut, fällt auf, dass die Bundesregierung offensichtlich auf Erdgas als „Brückentechnologie“ setzt. Der Austausch alter Öl- und auch Gasheizungen gegen „hybride Gasheizungen“ (Gasheizungen mit anteiliger Einbindung Erneuerbarer Energien) ist wesentlicher Bestandteil eines Umstiegs auf „klimafreundliche Anlagen“ und soll deshalb finanziell gefördert werden, sowohl im Bestand als auch

für Neubauten. Ein ebenfalls geförderter Umstieg auf Holzheizung oder Wärmepumpe wird vermutlich deutlich seltener vorkommen.

Zur Strategie, Erdgas als Brückentechnologie zu etablieren, gehört auch der von der Bundesregierung schon länger vorangetriebene Ausbau der Erdgas-Infrastruktur: Der geplante Bau von LNG-Terminals für verflüssigtes Erdgas an der deutschen Nordseeküste sowie die Verlegung der Nord Stream 2-Gasleitung sind dafür ein klares Indiz. Zugleich wird Erdgas als umweltfreundliche Alternative angepriesen, obwohl neueste Untersuchungen darauf hinweisen, dass Erdgas wegen der Verluste von besonders klimaschädlichem Methan in der Erdgasförderung und -versorgung ähnlich schädlich, wenn nicht gar schädlicher ist als Kohle und Erdöl.¹⁴

Aus Klimaschutzgründen ist die Entscheidung für Gasheizungen fatal, denn ein CO₂-neutraler Gebäudebestand geht nur mit einer Wärmeversorgung überwiegend aus erneuerbaren Energien.¹⁵ Hier sollen mit Milliardenbeträgen ökologische Fehlinvestitionen gefördert werden, die aufgrund der langen Lebensdauer der Anlagen mindestens 20 Jahre nachwirken. Das schadet dem Klima und bindet Finanzmittel, die an anderer Stelle dringend benötigt werden.¹⁶

CO₂-Bepreisung

In den Sektoren Verkehr (ohne Flugverkehr) und Wärme soll zusätzlich zu den bereits erwähnten Maßnahmen eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes über einen Preis auf CO₂ erfolgen. Dieses Instrument wird quasi als „Wunderwaffe“ von der Bundesregierung in den Vordergrund geschoben. Sie soll zuverlässig und marktkonform zu einer CO₂-Reduktion zu minimalen Kosten führen.

Das Klimapakete sieht vor:

- Ein Preis für eine Tonne CO₂ im Bereich Verkehr und Gebäude im Jahr 2022 von 20 Euro, 2023 von 25 Euro, 2024 von 30 Euro und 2025 von 35 Euro.
- Im Jahr 2026 soll ein nationaler Handel mit Verschmutzungszertifikaten eingeführt werden. Der Preis für eine Tonne CO₂ soll sich dann zwischen 35 und 60 Euro pro Tonne bewegen.

Diese Maßnahmen haben keine Lenkungswirkung. Sie starten zu spät (erst 2022), setzen zu niedrig an und haben eine zu niedrige Zielgröße. Um wirksam das 1,5-Grad Ziel von Paris zu erreichen müsste der CO₂-Preis für das Jahr 2030 in etwa bei 150 bis 300 Euro pro Tonne liegen.¹⁷

Hier sei auch darauf verwiesen, dass im Bereich Erneuerbare Energien eine Lenkungswirkung über eine CO₂-Bepreisung kaum zu erzielen ist. Denn die tatsächlichen Hemmnisse liegen im Wesentlichen nicht in einem zu niedrigen CO₂-Preis, sondern in zu wenigen Ausbaufächen und regulatorischer Blockaden. Solange diese fortbestehen, hilft nur zielführendes Ordnungsrecht, welches die Hemmnisse per Gesetz und Verordnungen aufhebt.¹⁸

¹⁴ Nach einer aktuellen Studie erhöht Erdgas den Treibhauseffekt des Energieverbrauchs um 40 Prozent. (http://energywatchgroup.org/wp-content/uploads/EWG_Erdgasstudie_2019.pdf)

¹⁵ Deutschlandfunk: Risiko-Brückentechnologie. Null Emissionen bekommt man nicht mit Erdgas https://www.deutschlandfunk.de/risiko-brueckentechnologie-null-emissionen-bekommt-man.697.de.html?dram:article_id=389316

¹⁶ Siehe: <https://www.energie-experten.org/experte/meldung-anzeigen/news/beg-austauschpraemie-milliarden-fuer-neue-gasheizungen-4793.html>

¹⁷ Im Auftrag der UN wurden die CO₂-Preise berechnet, die erforderlich wären um das (zu schwache) 2-Grad-Ziel des Paris-Abkommens zu erreichen: 40-80 \$/t CO₂ bis 2020 und 50-100 \$/t CO₂ bis 2030. (High-Level Commission on Carbon Pricing unter der Leitung von Joseph Stiglitz und Nicholas Stern (sowie Ottmar Edenhofer als Kommissionsmitglied)).

Um aber das existentiell wichtige 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müsste der erforderliche CO₂-Preis im Jahre 2030 ungefähr 3-4mal so hoch liegen wie beim 2-Grad-Ziel. Die Preisspanne läge dann in etwa bei 150 bis 300 Euro pro Tonne CO₂ im Jahre 2030. (siehe IPCC 1,5°C Sonderbericht; insb.SPM C2.7, sowie Kapitel 2.5.2.1)

¹⁸ Siehe: <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/opinion/das-eckpunktepapier-der-bundesregierung-ignoriert-die-wissenschaft-und-blockiert-den-ausbau-von-erneuerbaren-energien/>

Ziel: Klimaverträgliche Lebensmittelproduktion und Ressourcenschonung

Die Landwirtschaft ist zunehmend geprägt von industrieller Produktion vor allem tierischer Lebensmittel. Dies führt zu erheblichem Ausstoß von klimaschädlichem Methan (Kühe) sowie zu Abholzung von tropischem Regenwald für Weideflächen und Futtermittelanbau.

Das Klimapakete sieht eine Reihe von meist vage formulierten Optimierungen im Agrarsektor vor, wie z.B. ein geringerer Einsatz von Düngemitteln und eine Steigerung des Anteils des Ökolandbaus. Eine Umorientierung von industriell geprägten Agrarfabriken hin zu bäuerlichen, eher ökologisch ausgerichteten Familienbetrieben ist nicht zu erkennen. Ebenso wenig findet sich eine Strategie zur Reduzierung des Fleischkonsums.

Eine vorprogrammierte kurze Lebensdauer von industriellen Produkten und oft geringe Energieeffizienz verursachen einen erhöhten Rohstoff- und Energiebedarf. Zu diesem Bereich finden sich im Klimapakete keine belastbaren Aussagen.

Ziel: Umbau sozialverträglich gestalten

Um den Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise politisch durchsetzen zu können, ist es zwingend notwendig, die Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen.

Dafür muss zum einen ein positives Bild für eine nachhaltige Zukunft entworfen werden, das anstelle eines Schreckensszenarios der Bevölkerung präsentiert wird und das Mut macht, sich auf Veränderungen einzulassen. Wenn man Angst vor der eigenen Bevölkerung hat und deshalb nur in homöopathischen Dosen Veränderungen vornimmt, verbaut man sich – und den Wählern – eine positive Zukunft.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung von Veränderungen ist die Sozialverträglichkeit aller klimapolitischen Maßnahmen. Auf diesem Gebiet hat das Klimapakete der Bundesregierung große Defizite:

Gerade einkommensschwache Haushalte müssten gestärkt werden. Ein guter Weg wäre eine Entlastung der Bürger durch eine Klimaprämie pro Person, die so ausgestaltet ist, dass sie mit den Belastungen durch Klimaschutzmaßnahmen mitwächst und unabhängig vom Einkommen und vom eigenen Energieverbrauch jedem Haushalten gleichermaßen zugutekommt. Die Schweiz hat mit einem solchen Modell gute Erfahrungen gemacht.¹⁹

Die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung bevorzugen hingegen vor allem einkommensstarke Haushalte, die viel Energie verbrauchen: Senkung der EEG-Umlage, Erhöhung der Pendlerpauschale. Für die Erhöhung des Wohngeldes, mit der Wohngeldbezieher entlastet werden, ist nur eine vergleichsweise niedrige Summe vorgesehen.

¹⁹ <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klimapolitik/co2-abgabe.html>

Streiktermine von Fridays for Future

Zu allen Demonstrationen ruft *Fridays for Future* explizit alle Generationen auf!

Freitag, 29. November 2019: Globaler Klimaaktionstag

Am 29. November 2019 findet der nächste weltweite Klimastreiktag statt. In Mainz ist ein Demonstrationzug ab Ernst-Ludwig-Platz geplant, Start 12 Uhr.

Freitag, 17. Januar 2020: Großer Klimastreik Mainz

Fridays for Future wird am 17. Januar 2020 nach einem Jahr Streiken und nach einem Jahr, in dem nichts passiert ist, unter dem #DieUhrTickt in Mainz eine Großdemonstration veranstalten. Organisiert und mobilisiert wird hierfür von den drei Bundesländern Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland. Details werden noch bekannt gegeben.

Forderungen von Fridays for Future

(Quelle: fridaysforfuture.de/forderungen/ 10.05.2019)

Fridays for Future fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. **Explizit fordern wir für Deutschland:**

- Nettonull **2035** erreichen
- Kohleausstieg bis **2030**
- **100%** erneuerbare Energieversorgung bis **2035**

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
- **1/4** der Kohlekraft abschalten
- Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das **180€** pro Tonne CO₂

Parents for Future Mainz – Wer wir sind

Wir sind Eltern und andere Erwachsene in Mainz, die sich mit der Schülerbewegung Fridays for Future solidarisieren und aktiv Aktionen für Mainz mitplanen und organisieren möchten. Wir sind unabhängig von Parteien und Organisationen.

Parents for Future Mainz:

<https://www.facebook.com/parentsforfuture.mainz/>

mainz@parentsforfuture.de

<http://mainz.parentsforfuture.de>

Fridays for Future Mainz:

<https://www.facebook.com/FridaysForFutureMainz/>

Parents for Future Deutschland:

<https://parentsforfuture.de/>

Fridays for Future Deutschland:

<https://fridaysforfuture.de/>

Wer diesen Newsletter regelmäßig erhalten möchte, schicke bitte eine E-Mail mit „**Newsletter**“ im Verwendungszweck, wer diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchte, schicke bitte eine E-Mail mit „**Unsubscribe Newsletter**“ im Verwendungszweck, wer über den Newsletter hinaus Informationen zu geplanten Aktionen, Arbeitsgruppen etc. wünscht, schicke bitte eine E-Mail mit „**E-Mail-Orga-Gruppe**“ im Verwendungszweck jeweils an mainz@parentsforfuture.de.
